

BDI-Konjunktur-Report

Ausgabe 03 | 30. Juli 2009

Anzeichen für ein Auslaufen der konjunkturellen Talfahrt, Kreditversorgung könnte Engpass werden

Der weltweit synchron stattfindende Einbruch der Konjunktur hält an, zugleich mehren sich jedoch die Hinweise auf ein Ende des scharfen Absturzes. Bodenbildung ist aber noch kein neuer Aufschwung. Kapazitätsanpassungen sind unvermeidlich. Zudem gerät die Finanzierungsseite immer stärker unter Druck.

Lage der Weltwirtschaft weiter angespannt

Die ökonomischen Fundamentaldaten zeichnen nach wie vor ein schwieriges Bild von der weltwirtschaftlichen Lage. Während die unmittelbaren Folgen der Immobilien- und Finanzkrise den betroffenen Ländern stark zusetzen, leiden die exportabhängigen Staaten weiterhin stark unter dem globalen Nachfrageschock. Die Anzeichen für eine Bodenbildung im Laufe des zweiten Halbjahres mehren sich. Inzwischen hat der IWF seine Wachstumsprognose für das weltweite Wachstum für 2009 zwar leicht um 0,1%-Punkte auf -1,4% nach unten korrigiert. Gleichwohl erwartet der Währungsfonds für 2010 ein Wachstum von 2,5%, 0,6%-Punkte höher als noch im April, vor allem wegen verbesserter Erwartungen für die USA und Japan. Dennoch überwiegen die Risiken einer nachhaltigen Erholung zurzeit noch, zumal die Rekonvaleszenz nach finanzmarkt-induzierten Krisen erfahrungsgemäß stets lang andauert und es um die Neuordnung der globalen Finanzarchitektur inzwischen bedenklich ruhig geworden ist.

In den **USA** hat sich der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion seit Herbst 2008 unvermindert fortgesetzt. Die Arbeitslosenquote ist infolgedessen auf den höchsten Stand seit 1983 angewachsen und notierte im Juni 2009 bei 9,5%. Die privaten Konsumausgaben reagieren zunehmend negativ. Dazu trägt auch die vermehrte Konsolidierung von privaten Schulden bei. Erhöhte Transferzahlungen und Steuererleichterungen haben das Konsumentenvertrauen jüngst aufgehellt und auch bei den Industriedaten zeigt sich eine leichte Entspannung: Beim Auftragseingang und beim Einkaufsmanagerindex im Verarbeitenden Gewerbe zeigten die Indikatoren eine deutliche Verlangsamung des Rückgangs an.

In **Japan** sorgt der massive Einbruch der Warenausfuhr, insbesondere von Investitionsgütern, unvermindert für eine starke Kontraktion des Bruttoinlandsprodukts. Im 1. Quartal 2009 verringerte sich der Output der Industrie um mehr als 21% ggü. dem Vorquartal. Trotz steigender Arbeitslosigkeit wirkt der Konsum, nicht zuletzt dank staatlicher Konjunkturprogramme, stabilisierend. Doch eine dauerhafte Erholung hängt maßgeblich vom Export ab.

Konjunktur auf einen Blick

Lage der Weltwirtschaft weiter angespannt

Der Einbruch der globalen Nachfrage lastet weiter schwer auf der Weltwirtschaft. Leicht verbesserte Aussichten in den USA und den wichtigen Schwellenländern, doch die Risiken für eine rasche Erholung überwiegen.

Exporteinbruch belastet BIP-Entwicklung

In Deutschland bildet der Exporteinbruch die größte Belastungsgröße. Die Investitionstätigkeit ist stark eingeschränkt. Privater und öffentlicher Konsum wirken noch stabilisierend. Drohender Anstieg der Arbeitslosigkeit als Risiko.

Positive Tendenz bei den Auftragseingängen

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind im Mai zum dritten Mal in Folge gestiegen. Damit neben verbesserten Stimmungsindikatoren auch Aufhellung bei den harten Fakten, die auf Ende des scharfen Absturzes hindeuten.

Finanzierungsproblematik spitzt sich zu

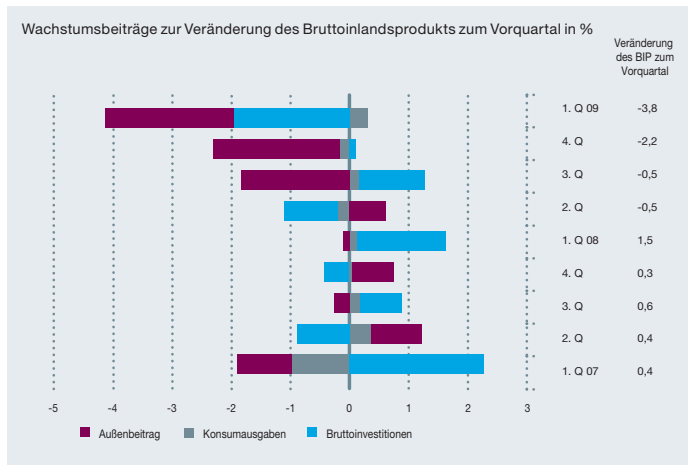
Keine flächendeckende Kreditklemme, aber Finanzierungssituation spitzt sich zu. Lücke zwischen Finanzierungserfordernissen und –möglichkeiten impliziert akuten Handlungsbedarf bei Banken und Politik.

Industrieland Deutschland stärken

Neben der Liquiditätssicherung für die Realwirtschaft bildet die Wachstumsorientierung der Wirtschaftspolitik die größten Herausforderungen für die kurze und mittlere Frist. Im Fokus dieser Politik muss die deutsche Industrie als Wachstumskern unserer Volkswirtschaft stehen.

Der massive Einbruch der Nachfrage nach international handelbaren Gütern hat die Ökonomien der **Eurozone** kräftig ins Minus gezogen. Im 1. Quartal 2009 ging die

Scharfer Rückgang bei Außenbeitrag und Investitionen lastet auf BIP Entwicklung



Quelle: Statistisches Bundesamt

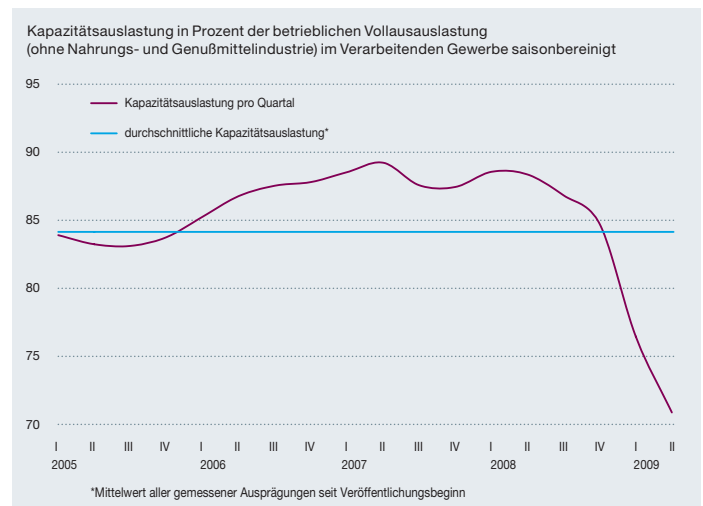


Wirtschaftsleistung um 2,5% ggü. dem Vorquartal zurück. Der Absturz war damit noch größer als in den letzten drei Monaten des Vorjahres (-1,5%). Hintergrund ist die schlechte Entwicklung der Industrieproduktion (1.Qu. 2009: -18% ggü. Vorquartal), vor allem in Deutschland, Spanien und Italien. Insgesamt deutet die verlangsamte Talfahrt bei Produktion und Auftrags-eingängen auf eine Bodenbildung hin.

Exporteinbruch belastet BIP-Entwicklung

Die deutsche Wirtschaftsleistung ist im ersten Quartal 2009 weiter geschrumpft. Der BIP-Rückgang lag mit 3,8% ggü. dem Vorquartal noch über dem der letzten drei Monate des Jahres 2008. Im ersten Quartal 2009 setzte sich der stärkere Rückgang der Exporte (-9,7%) gegenüber den Importen (-5,4%) zum dritten Mal in Folge fort. Der Außenbeitrag steuerte entsprechend mit -2,2% zur BIP-Schrumpfung bei. Auch die weiter rückläufigen Anlageinvestitionen (-7,9%) haben die Wirtschaftsleistung reduziert. Besonders deutlich fiel der Rückgang bei den Ausrüstungsinvestitionen aus (-16,2%), während die Bauinvestitionen (-2,6%) zwischen Januar und März 2009 nicht ganz so stark schrumpften. Der Abbau von Lagerbeständen (-0,5%) wirkte sich im ersten Quartal 2009 ebenfalls negativ auf das BIP aus. Die Binnennachfrage wird lediglich von höheren privaten Konsumausgaben (+0,5%) und dem gestiegenen öffentlichen Verbrauch (+0,3%) gestützt. Die globale Nachfrageschwäche hat auch im Mai 2009 zu einem scharfen Rückgang der Exporte (-24,5% ggü. Vorjahresmonat) geführt. Aufgrund der volatilen Entwicklung lässt sich auch nach den ersten fünf Monaten dieses Jahres kein Hinweis auf eine gesicherte Bodenbildung ableiten.

Die Kapazitätsauslastung in der Industrie auf historischem Tief



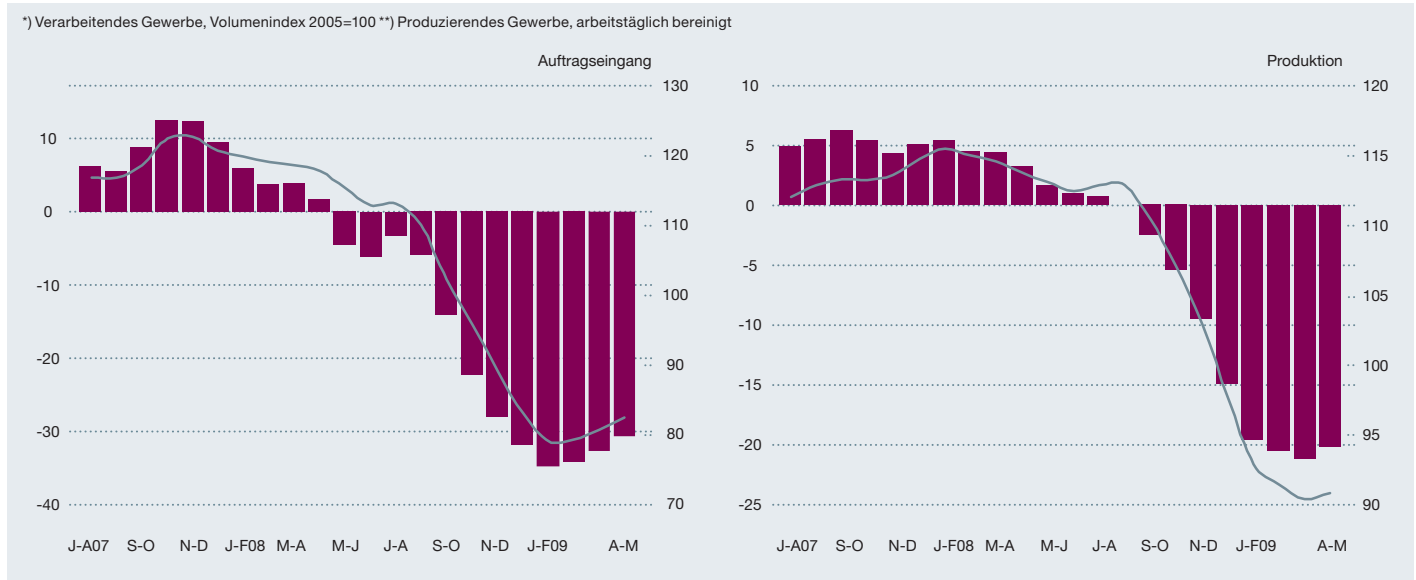
Quelle: ifo-Institut



Der private Konsum verhält sich nach wie vor äußerst stabil. Das verfügbare Einkommen ist infolge höherer Lohnabschlüsse in der Vergangenheit sowie Entlastungen bei Steuern und Sozialabgaben im Rahmen der Konjunkturpakete gestiegen. Vor allem aber hat einerseits die so genannte Umweltprämie den Erwerb von PKW angeheizt, andererseits hat das niedrige Preisniveau die relative Konsumposition der Privathaushalte verbessert. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt zeichnen sich keine Hinweise auf Inflationsrisiken ab, weil die gesamtwirtschaftliche Nachfrage noch nicht anzieht und die zusätzlich geschaffene Liquidität von den Notenbanken rasch wieder abgebaut werden kann. Deshalb liegt das größte Risiko für den Konsum in einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Zwar sorgt das inzwischen verlängerte Instrument der Kurzarbeit für Entlastung und hat die Rezession noch keinen gravierenden Niederschlag im Dienstleistungssektor gehabt. Doch die Frühjahrsbelebung am Arbeitsmarkt war deutlich schwächer als in den Vorjahren und ein Anhalten der Krise würde zwangsläufig zu einem Rückgang der Erwerbstätigkeit und des Konsums führen. Die Arbeitslosenquote belief sich im Mai auf 8,1% und verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 0,1% (-48.000 Personen). Die Zahl der Erwerbslosen erhöhte sich aber im Vergleich zu Juni 2008 um 250.000 auf 3,41 Mio.

Infolge des Nachfragerückgangs haben die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes ihre Investitionspläne revidiert, nachdem auch die Kapazitätsauslastung deutlich abgesunken ist. Die Hersteller von Investitionsgütern büßten im ersten Quartal 2009 rund 13% ihres Inlandsumsatzes ggü. dem Vorquartal ein. Im April 2009 gingen die Erlöse nochmals um

Leichte Belebung bei Aufträgen und Produktion auf niedrigstem Niveau



Quellen: Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank



3,7% zurück. Die Fallgeschwindigkeit hat sich mittlerweile verringert. Dennoch rechnet die Bundesbank für 2009 mit einem Rückgang von 15% ggü. 2008 sowie für 2010 mit einem um 6% niedrigeren Stand als 2009. Bei den Bauinvestitionen dämpfen die in den Konjunkturprogrammen der Bundesregierung angelegten Investitionen die Effekte des Nachfragerückgangs nach Gewerbeimmobilien und Wohnimmobilien. Allerdings vollzieht sich deren Umsetzung noch sehr schleppend. Erst in der zweiten Jahreshälfte und zu Beginn des Jahres 2010 ist mit spürbaren Effekten zu rechnen.

Der Beitrag der Staatsausgaben zur Wirtschaftsleistung ist in der gegenwärtigen Phase beträchtlich. Insbesondere die im Abschwung einsetzenden automatischen Stabilisatoren, vor allem die Transferleistungen, wirken dem Abwärtstrend entgegen.

Während Investitionsgüter und Auslandsnachfrage deutlich gesunken sind, sind Konsum und Staatsausgaben die stabilisierenden Elemente. Spitzt sich die gesamtwirtschaftliche Lage jedoch weiter zu und führen die Rückkopplungen auf dem Arbeitsmarkt zu höherer Erwerbslosigkeit, dürfte auch dem Konsum die Luft ausgehen.

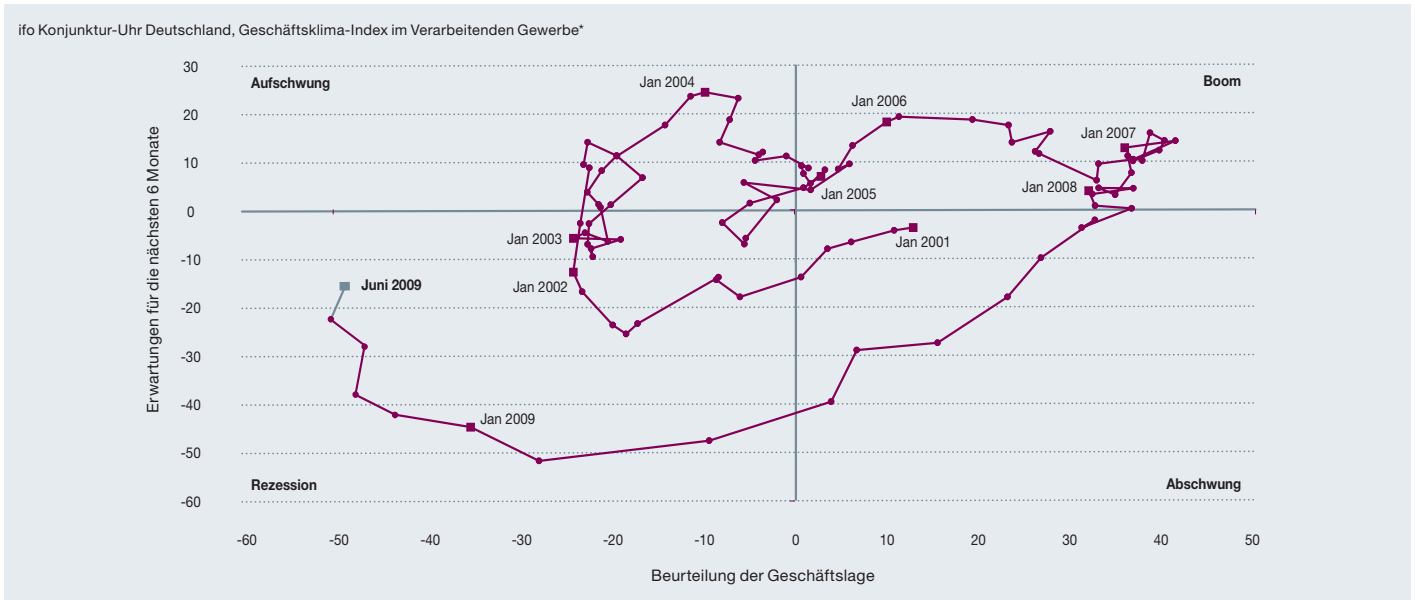
Positive Tendenz bei den Auftragseingängen

Bei den Auftragseingängen hat sich im Berichtsmontat Mai die Tendenz zum Auslaufen des scharfen Absturzes verstetigt. Zum dritten Mal in Folge verbuchte das Verarbeitende

Gewerbe im Vormonatsvergleich einen Zuwachs bei den Neubestellungen. Dabei war das Plus im Mai 2009 (+4,4%) größer als noch im April und März 2009 (+0,1% bzw. +3,7%) und fiel stärker aus als erwartet. Auch im aussagekräftigeren Zwei-Monats-Vergleich legten die Auftragseingänge zu. Im Vergleich April/Mai ggü. März/April standen 4,2% mehr Neuaufträge in den Büchern, davor gab es ein Plus von 2,0%.

Im Mai 2009 verzeichneten vor allem die Hersteller von Investitionsgütern eine erhöhte Nachfrage (+5,9%), insbesondere aus der Nicht-Eurozone (+9,2%). Auch die Vorleistungsgüterproduzenten (+3,0%) sahen sich einer verbesserten Auftragslage aus den Nicht-Eurostaaten gegenüber (+7,2%). Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Konsumgüterherstellern, die insgesamt ein Plus von 2,6% erfahren haben (Nicht-Eurozone: +3,6%). Auch bei der Inlandsnachfrage hat sich das Volumen der Neubestellungen nach oben entwickelt. Im saison- und preisbereinigten Zwei-Monats-Vergleich April/Mai 2009 ggü. März/April fiel das Plus bei den Vorleistungsgüterherstellern am größten aus (+8,4%). Das Inland fragte 7,7% mehr Vorleistungen nach (Ausland +9,2%, darunter Nicht-Eurozone +11,2%). Die gestiegene Nachfrage nach Konsumgütern (+4,9%) wurde vor allem aus der Eurozone (+13,6%) getrieben. Produzenten von Investitionsgütern lagen mit 1,3% im Auftragsplus. Verglichen mit dem Vorjahr bleibt die Lage aber weiter angespannt. Sowohl im Vergleich mit Mai 2008 als auch April/Mai 2008 spiegelt der Einbruch um knapp 30% bzw. 33% den tiefen Fall der Nachfrage wider.

Erwartungen besser als die Lage



Für die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe lässt sich ein Trend bisher nicht ableiten. Der Output erhöhte sich im Mai 2009 insgesamt um 3,7% ggü. dem Vormonat. Dabei leistete die Industrie (+5,1%) in allen Hauptgruppen den größten Beitrag (Investitionsgüter +8,3%, Vorleistungen +4,3%, Konsumgüter +0,6%), das Bauhauptgewerbe büßte 3,2% ein, die Energieerzeugung ging um 3,8% zurück. Allerdings nimmt sich der Zwei-Monats-Vergleich April/Mai ggü. März/April mit -07% für das Produzierende Gewerbe bzw. -0,3% für die Industrie noch recht bescheiden aus. Im Vergleich März/April ggü. Februar/März 2009 ging der Ausstoß um -2,3% (Produzierende Gewerbe) bzw. -2,6% zurück. Innerhalb der Hauptgruppen ist die Entwicklung zudem noch sehr sprunghaft. So entwickelten sich im Vergleichszeitraum April/Mai bzw. März/April 2009 die Hauptgruppen Konsumgüter um 0,3% nach oben bzw. 2,6% nach unten, die Vorleistungsgüter um 2,8% nach unten bzw. 0,2% nach oben (Investitionsgüter -1,3% bzw. -2,3%).

Der makroökonomische Datenkranz lässt einen verlässlichen Ausblick auf die künftige Entwicklung bisher noch nicht zu. Während die harten Fakten wie Ausfuhren, Umsätze und Produktion im Verarbeitenden Gewerbe noch zu volatil sind und bei den Auftrageingängen eine leichte Erholung einzutreten beginnt, zeichnet sich eine trendmäßige Verbesserung alleine bei den Stimmungskennindikatoren ab, etwa beim ifo-Geschäftsklimaindex. Die Aufwärtsbewegung speist sich indes nur aus den Erwartungen, die sich seit Dezember 2008 kontinuierlich verbessert haben. Die Lage wird, trotz verbesserter Einschätzung im Juni 2009, nach wie vor sehr schlecht eingestuft.

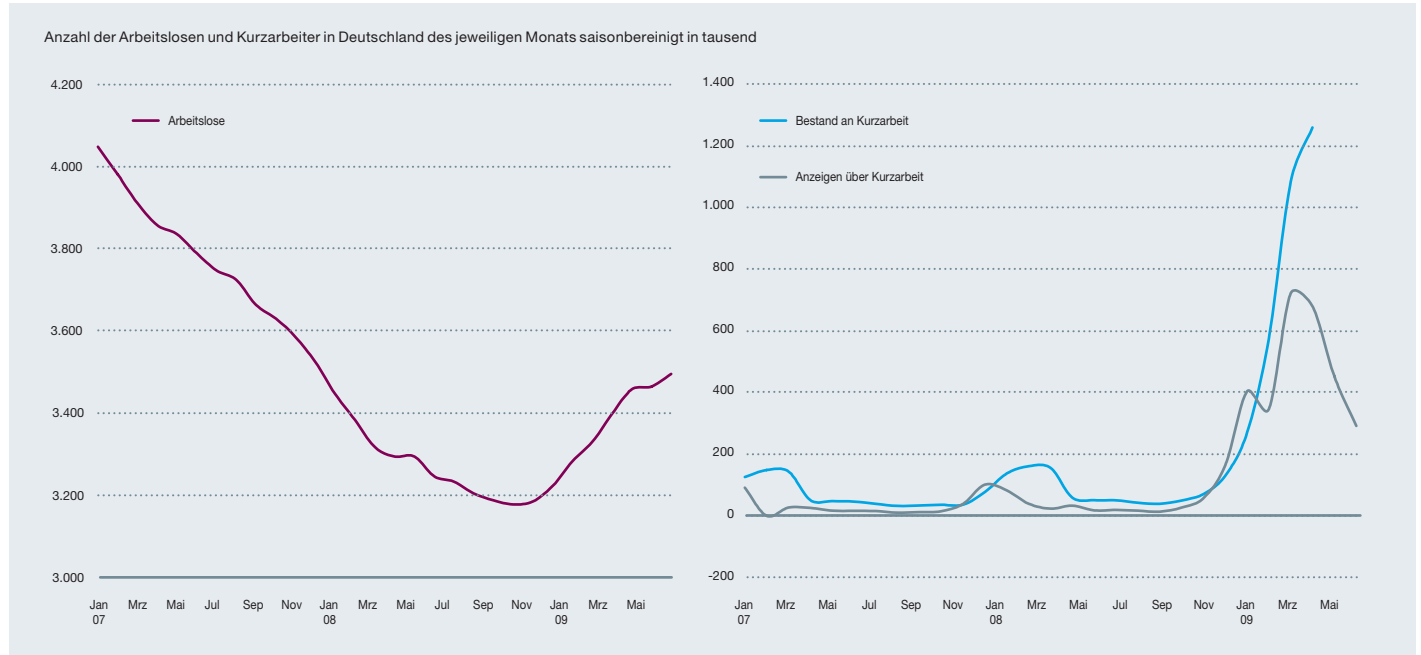
Die Revisionsrichtung für Prognosen zur Entwicklung der deutschen Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 ist nach wie vor nach unten gerichtet. Ein Schrumpfen des BIP um die 6% wird von Instituten als wahrscheinlich eingestuft.

Finanzierungsproblematik spitzt sich zu

Obwohl die Kreditkonditionen sich eindeutig verschlechtert haben, kann noch nicht von einer flächendeckenden Kreditklemme gesprochen werden. Mit Blick auf die nächsten Monate könnte sich die Situation jedoch dramatisch verschlechtern. Zwischen Finanzierungserfordernissen der Realwirtschaft und Finanzierungsmöglichkeiten der Finanzwirtschaft könnte sich eine wachsende Lücke entwickeln. Nach wie vor hoher Wertberichtigungsbedarf bei so genannten toxischen Assets und wachsender Abschreibungsbedarf bei Bestandskrediten lassen vor dem Hintergrund der Baseler Eigenkapitalvorschriften die Eigenkapitalbasis der Banken rasant schrumpfen. Zugleich frisst sich der wirtschaftliche Absturz der vergangenen Monate sukzessive in die Bilanzen realwirtschaftlicher Unternehmen hinein, was deren Bonität und damit Kreditwürdigkeit nicht gerade erhöht. Diese Scherentwicklung ist umso Besorgnis erregender, als sie in eine Zeit fällt, in der erste Hoffnungsschimmer auf ein Ende der Talfahrt und ein allmähliches Wiederanspringen der Konjunktur aufkeimen.

Für viele Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes haben sich die Finanzierungsbedingungen rapide verschlechtert. Betroffen sind davon zunehmend auch im Kern gesunde

Arbeitslosigkeit steigt an, Kurzarbeit entlastet



Quellen: Deutsche Bundesbank, Bundesagentur für Arbeit



Unternehmen. Die Krise der Finanzmärkte hat sich über den Transmissionsriemen Außenhandel zu einer globalen Krise speziell der Industrie entwickelt – steigende Insolvenzrisiken, gesunkene Auftragsengänge und Produktionsmengen lasten schwer auf der Industrie und verschlechtern die Finanzierungsbedingungen der Realwirtschaft. Die Industrie hat, zumal in Deutschland, ganz wesentlich zum Aufschwung der letzten Jahre beigetragen. Dieses Wachstumspotenzial ginge dauerhaft verloren, wenn jetzt Fertigungsstufen wegbrächen und für eine kommende Phase des Aufschwungs nicht mehr zur Verfügung stünden. In der Liquiditätssicherung der Realwirtschaft liegt mithin die größte Herausforderung der Gegenwart, zumal negative Rückkopplungen auf die noch nicht gefestigte Finanzwirtschaft unbedingt vermieden werden müssen. Die fortgesetzten Stabilisierungsbemühungen haben die Vertrauenskrise in der Wirtschaft bisher nicht beseitigen können. Nach der Lehman-Pleite wurde aber der Zusammenbruch weiterer Institute verhindert und die Gefahr eines Dominoeffekts erfolgreich abgewehrt. Mit dem Bad-Bank-Modell wurde jetzt ein weiterer Schritt zur Entlastung der Finanzinstitute unternommen.

Der Mittelfluss von der Finanzwirtschaft an den Realsektor ist darüber aber noch nicht wieder voll in Gang gekommen. Zwar trägt das Kredit- und Bürgschaftsprogramm der Bundesregierung zur Entspannung bei, es kommt jedoch nur schleppend in Gang. Wesentlicher Handlungsbedarf besteht

in folgenden Bereichen: Die Zugangshürden im Kreditgeschäft gilt es zügig zu beseitigen. Ebenso muss der getroffene Beschluss zur Lösung der Kreditversicherungsproblematik in Form des »Top-up-Ansatzes« rasch umgesetzt werden. Darüber hinaus muss auch eine Lösung für die Unternehmen gefunden werden, die überhaupt keinen Versicherungsschutz mehr erhalten, im Kern aber gesund sind. Dem erreichten Einvernehmen innerhalb der G8-Runde zur Korrektur der Prozyklizität von Basel II müssen nun auch Taten folgen – der ECOFIN-Rat darf sich einer Lösung nicht weiter versperren. Der für die Mittelstandsfinanzierung wichtige Markt für Verbriefungen sollte wiederbelebt, gleichzeitig auch effektiver reguliert und mit Haftungsstandards versehen werden. Schließlich sind Exportfinanzierung und Exportgarantien der Situation anzupassen. Die derzeitige Problematik in der Industrie darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Rezession ihren Ausgang auf den Finanzmärkten gefunden hat und eine Gesundung hier ansetzen muss. Insofern darf sich der G20-Gipfel in Pittsburgh nicht auf Grundsatzentscheidungen beschränken, sondern muss zu einer Umsetzung bereits getroffener Entscheidungen führen.

Industrieland Deutschland stärken

Mit den genannten Maßnahmen kann ein wichtiger Beitrag zur Liquiditätssicherung im Verarbeitenden Gewerbe geleistet werden. Sie stellen aber nur den Ausgangspunkt einer auf

mehr Wachstum gerichteten Politik dar. Wirtschaftspolitisches Ziel der kommenden Bundesregierung muss eine Fokussierung auf mehr Wachstum sein, in deren Zentrum die Industrie und die industrienahen Dienstleistungen stehen müssen. Denn während der Anteil der Industrie in den übrigen führenden Wirtschaftsnationen der Welt zurückgegangen ist, hat in Deutschland sogar eine Renaissance der Industrie stattgefunden. Deutschland ist und bleibt Industrieland. Eine Wachstumspolitik mit der Industrie im Zentrum muss an folgenden Rahmenbedingungen ansetzen:

- Die Soziale Marktwirtschaft als Geschäftsgrundlage des Wirtschaftens muss Vertrauen zurückgewinnen,
- Statt Protektionismus zu fördern, muss der freie Welthandel wieder in den Vordergrund der Globalisierung gelangen,
- Entlastungen im Steuerrecht sind aktive Wachstumspolitik,
- Die Europäische Union hat Wohlstand geschaffen – wird sie auf mehr Wettbewerbsfähigkeit getrimmt, profitieren Bürger und Unternehmen,
- Investitionen in Infrastruktur verbessern dauerhaft das Wachstumspotenzial der deutschen Wirtschaft,
- Innovation und Bildung sind Wachstumstreiber – ihre Langzeitwirkung erfordert jetzt den Einsatz der Politik,
- Die deutsche Industrie leistet mit innovativen Technologien ihren Beitrag zum Klimaschutz und zu mehr Wachstum,
- Sichere und effiziente Energiekonzepte schaffen Planungssicherheit für Unternehmen und sparen Kosten.

Die Perspektiven der deutschen Industrie sind, trotz der gegenwärtigen Krise, immer noch sehr gut: Wohlstandsorientierung, demografische Entwicklung und die technologischen Herausforderungen durch Klimawandel und Ressourcenknappheit werden auch in Zukunft eine hohe Nachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen generieren.

Branchen-Report

Automobilindustrie

Auf dem deutschen Pkw-Markt stiegen die Pkw-Neuzulassungen im 1. Halbjahr um 26% auf 2,06 Mio. Fahrzeuge. Diese Entwicklung ist allerdings stark auf die Wirkungen der Neuordnung der Kfz-Steuer und der Umweltprämie zurückzuführen. Die Incentives führen zwar zu einer asymmetrischen Erfolgsverteilung, da sich die geschaffene Nachfrage schwerpunktmäßig auf die Hersteller kleinerer und kompakter Fahrzeuge beschränkt, tragen aber wesentlich zu einer Stabilisierung der Beschäftigung bei. Auf vielen Auslandsmärkten hingegen war die Pkw-Nachfrage auch im bisherigen Jahresverlauf noch unbefriedigend, allerdings zeichnet sich zunehmend eine Bodenbildung ab, die nicht zuletzt auch auf die

zahlreichen Incentive-Programme zurückzuführen ist. Die Ausfuhr der deutschen Hersteller fiel bis Juni mit knapp 1,5 Mio. Pkw insgesamt um 35% niedriger aus. Die Auslandsorder haben jedoch seit Februar saisonbereinigt wieder kontinuierlich zugelegt, was darauf schließen lässt, dass die Talsohle mittlerweile erreicht sein könnte. Die Pkw-Produktion blieb angesichts der schwachen Auslandsmärkte im ersten Halbjahr mit 2,3 Mio. Einheiten um 24% hinter dem Vorjahresergebnis zurück, saisonbereinigt zog sie jedoch in den letzten Monaten an. Dagegen hat die globale Rezession die internationalen Nutzfahrzeugmärkte weiter fest im Griff. Ein Ende der Talfahrt – insbesondere bei schweren Nutzfahrzeugen aus dem Ausland – ist noch nicht in Sicht. Produktion und Absatz sind bis Juni im hohen zweistelligen Bereich eingebrochen.

Bauindustrie

Die Rezession hat seit dem Jahresbeginn in Deutschland auch auf die Bauwirtschaft übergegriffen. Von Januar bis April gingen sowohl baugewerblicher Umsatz (-10,9%) als auch Auftragszugang (-12,3%) im Bauhauptgewerbe deutlich zurück. Die Bauindustrie erwartet für das laufende Jahr einen preisbereinigten Umsatzrückgang im Bauhauptgewerbe von etwa 4,5%. Im Wohnungsbau wirken lediglich die Maßnahmen im Gebäudebestand stabilisierend; im Neubau sind angesichts der Genehmigungen (2008: -6%; Januar bis April 2009: -10%) weitere Produktionsrückgänge zu erwarten. Dies gilt umso mehr für den Wirtschaftsbau, der vor allem unter der Revidierung der Investitionspläne des Verarbeitenden Gewerbes leidet. Dies zeigt sich in einem Rückgang der Hochbaugenehmigungen von 13% in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres. Lediglich der Öffentliche Bau dürfte angesichts der aufgelegten Konjunkturprogramme im laufenden Jahr relativ deutlich zulegen. Im April war hier erstmals eine Steigerung des Auftragszuges von 7% zu verzeichnen. Zudem legten in den ersten vier Monaten die Neubaugenehmigungen um 70% zu. Dieses Wachstum wird jedoch nicht ausreichen, um die Rückgänge im Wirtschaftsbau und im Wohnungsbau zu kompensieren. Der Produktionsrückgang wird sich auch auf dem Bauarbeitsmarkt niederschlagen; im Jahresdurchschnitt muss mit einem Rückgang der Beschäftigtenzahl im Bauhauptgewerbe von 2,5% auf 688.000 gerechnet werden.

Chemische Industrie

Die chemisch-pharmazeutische Industrie hat die Talsohle des Abschwungs erreicht. Seit Februar verzeichnet die Branche Monat für Monat leichte Produktionsanstiege getrieben von den frühzyklischen Grundstoffchemikalien. Die Produktion von Fein- und Spezialchemikalien sowie von Konsumchemikalien und Pharmazeutika zog demgegenüber noch nicht wieder an. Die Ausbringungsmenge der chemisch-pharmazeutischen Industrie lag daher im ersten Halbjahr diesen Jahres

15,5% niedriger als ein Jahr zuvor. Zudem waren die Erzeugerpreise im ersten Halbjahr 2009 rückläufig. Die In- und Auslandsumsätze der Chemie schrumpften daher um jeweils rund 16,5%. Die Geschäftslage wird von den meisten Unternehmen vor diesem Hintergrund negativ beurteilt. Die Erwartungen der Chemieunternehmen für die kommenden sechs Monate zeigen jedoch, dass die Mehrzahl mit einer Belebung des Geschäfts auf niedrigem Niveau rechnen. Das wirtschaftliche Umfeld bleibt hingegen schwierig. Die flexiblen Arbeitszeitinstrumente nutzend, bemühen sich die Chemieunternehmen ihre Stammebelegschaften zu halten.

Elektrotechnik- und Elektronikindustrie

Zwischen Januar und Mai 2009 ist der Umsatz in der Elektroindustrie um 27% gegenüber Vorjahr gesunken. In- und Auslandsumsatz sind dabei mit gleicher Rate gefallen. Die Auftragseingänge sind in den ersten fünf Monaten 2009 um 36% eingebrochen, die preisbereinigte Produktionsleistung um 23%. Von den 827.000 Branchenbeschäftigten (per Ende 2008) waren im März d. J. fast 110.000 in Kurzarbeit. Im April sind 38.200 Beschäftigte zur Kurzarbeit angezeigt worden, im Mai 23.200 und im Juni 14.600. Die Kapazitätsauslastung in der Elektroindustrie ist im April auf 73% der betriebsüblichen Vollauslastung gefallen. Dies ist der niedrigste Wert seit 1983. Der langjährige Durchschnitt beträgt 83%. Immerhin hat sich der Ifo-Geschäftsklimaindex für die Elektroindustrie im Juni leicht verbessert. Zwar schätzen die Elektrounternehmen ihre aktuelle Lage derzeit so schlecht ein wie nie, allerdings haben sich die Erwartungen zuletzt zum sechsten Mal in Folge leicht erhöht. Nach einer gemeinsamen Studie von ZVEI und DB Research ist für das laufende Jahr mit einem Rückgang der realen Produktion um rund 20% zu rechnen. Für 2010 wird bereits wieder ein Zuwachs von etwa 6% erwartet. Für die Dekade von 2011 bis 2020 ist der Studie zufolge von einem durchschnittlichen Wachstum der Elektroindustrie von rund 3% p. a. auszugehen.

Gießerei-Industrie

In 2008 hielt die Fe-Gussproduktion (incl. Stahlguss) das 2007er Niveau. Der Produktionswert stieg um 5,3%. Auf der NE-Metallseite ging die Fertigung um 4,1% zurück. Der Produktionswert sank um 5,4%. Nachdem das 4. Quartal 2008 mit deutlich sinkenden Orders zu Ende ging, hat sich diese Entwicklung auch in den ersten fünf Monaten 2009 fortgesetzt. Aus dem Fahrzeugbau sind die Bestellungen um über 50% gegenüber dem Vorjahreszeitraum eingebrochen. Die Nachfrage aus dem Maschinenbau ging um fast 40% zurück. Beide Kundengruppen zusammen nehmen ca. 80% der gesamten Gussproduktion ab. Bedingt durch steigende Auftragsannullierungen sowie die schwachen Orders sind auch die Bestände stark abgeschmolzen. Auf breiter Front wurden Zeitkonten

und Urlaubsflexibilitäten genutzt. Kurzarbeit ist die Regel. Die Leiharbeiterquote ist flächendeckend auf null gefahren. Das Halten der Stammebelegschaft hat oberste Priorität, lässt sich aber nicht bei allen Unternehmen realisieren. Die Kapazitätsauslastung liegt mittlerweile nur noch bei knapp 65%. 2009 ist eine drastisch unter dem 2008er Niveau liegende Gussproduktion zu erwarten. Insbesondere die dem Straßenfahrzeugbau zuliefernden Gießereien sehen sich mit Ordereintrüben konfrontiert, die es in dieser Größenordnung so in den letzten fünfzig Jahren nicht gegeben hat. Hoffen lässt der Geschäftsklimaindex der Gießerei-Industrie.

Informations- und Kommunikationswirtschaft

Nachdem zu Beginn des Jahres noch ein Nullwachstum prognostiziert wurde, hat der BITKOM Anfang Juli 2009 seine Prognose für das Jahr 2009 deutlich nach unten korrigiert. Demnach werden Unternehmen, Konsumenten und der öffentliche Sektor im Jahr 2009 in Deutschland rund 141 Mrd. Euro für Produkte und Dienstleistungen der ITK-Branche ausgeben. Dies entspricht einem Minus von 2,5% gegenüber dem Vorjahr. Die Ausgaben für Informationstechnik gehen voraussichtlich um 2,2% zurück auf 64,7 Mrd. Euro. Der Umsatz mit digitaler Consumer Electronics verringert sich spürbar um 6,5% auf rund 12 Mrd. Euro. In der Telekommunikation sind die Umsätze ebenfalls rückläufig, erwartet wird ein Minus von 2,0% auf rund 64,5 Mrd. Euro. Das letzte Minus im ITK-Gesamtmarkt gab es im Jahr 2002 nach dem Platzen der Internetblase. Ein wichtiger Unterschied zwischen der aktuellen und der Krise nach der Jahrtausendwende besteht darin, dass der »Hype« um die New Economy seinerzeit in eine heftige IT-Krise mündete, die die Gesamtwirtschaft nach unten zog. Heute kann die ITK-Branche ein stabilisierender Faktor sein und dazu beitragen, die Krise zu überwinden. Viele Unternehmen investieren auch in Zeiten knapper Budgets gezielt in IT-Lösungen, um effizienter zu werden und Kosten zu reduzieren.

Maschinen- und Anlagenbau

Der fünf Jahre währende Boom des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus fand im Oktober 2008 mit der Verschärfung der Finanzkrise ein jähes Ende. Minusraten beim Auftragszugang von 48% im Mai setzen ein Fanal für den bislang nicht enden wollenden, dramatischen Einbruch der Bestellungen der Kunden weltweit. 2009 droht mit einem Minus von in der Summe bis zu 20 Prozent das Jahr mit dem stärksten Rückgang in der Produktion seit Beginn der Datenreihe im Jahr 1950 zu werden. Die Exporte sind unter großem Druck, lediglich in China und den OPEC-Staaten gibt es noch Wachstum. Die Produktionskapazitäten sind stark unterausgelastet. Die Zahl der Kurzarbeiter schnellte innerhalb kürzester Zeit in sechsstellige Höhe und ein Abbau der Stammebelegschaft

um 50.000 bis 60.000 Stellen bis Jahresende ist nicht auszuschließen. Die Perspektiven für die kommenden Monate sind weiterhin unklar. Zwar gibt es erste Silberstreifen am Horizont. Sonderbelastungen, die aus der Reduzierung der Lagerhaltung und Stornierungen von Aufträgen resultieren, könnten allmählich auslaufen. Auch die Frühindikatoren zeigen seit einigen Monaten nahezu weltweit wieder nach oben. Doch Vorsicht ist geboten, hierin schon den Beginn eines neuen Aufschwunges zu sehen. Insbesondere durch die Kreditverknappung läuft die Investitionsgüterindustrie weltweit Gefahr, dass potenzielles Neugeschäft nur sehr schwer in realer Nachfrage mündet.

NE-Metallindustrie

Die Gesamterzeugung von NE-Metallen ging im ersten Quartal 2009 um 2,2% zurück (Halbzeug aus NE-Metallen: -4,8%). Auftragseingänge und Produktion sind bei allen Unternehmen rückläufig. Im ersten Quartal 2009 lag die Produktion um 20 bis 50% unter Vorjahresniveau. Trotzdem zeichnet sich in einzelnen Produktbereichen möglicherweise langsam eine Bodenbildung ab. Auch die Aluminiumindustrie leidet unter der Krise. Hier von sind sowohl Konsumgüter- als auch Investitionsgüternahe Produktbereiche betroffen. Die Situation für die Primäraluminiumerzeuger bleibt angespannt. Das ist weniger konjunkturell bedingt, sondern vielmehr den hohen Strompreisen in Deutschland geschuldet. Für die Buntmetallbranche sank, nach einem starken Produktionsabfall im vierten Quartal 2008, im ersten Quartal 2009 die Auftrags- und Produktionsmenge für Buntmetall-halbzeug um einen mittleren 2-stelligen Prozentsatz gegenüber dem Vorjahresquartal. Produkte, die für Bauanwendungen bestimmt sind, verzeichneten Rückgänge im 1-stelligen Prozentbereich. Die Produktion der deutschen NE-Metallgießereien ging in den ersten fünf Monaten des Jahres 2009 um insgesamt 42% ggü. dem Vorjahreszeitraum zurück. Die Entwicklung scheint aber gestoppt, eine Bodenbildung zeichnet sich ab. Eine leichte Nachfragebelebung lässt sich mit den in den letzten Monaten abgebauten Lagerbeständen der Abnehmer erklären.

Stahlindustrie

In der Stahlindustrie verdichten sich die Hinweise auf eine Erholung. So haben die Auftragseingänge im zweiten Quartal saisonbereinigt um etwa 60% ggü. dem Vorquartal zugelegt. Zwar lagen die Bestellungen auch im Frühjahr noch auf einem niedrigen Niveau. Der Vorjahresabstand hat sich jedoch mit -32% ggü. dem letzten Quartal (-60%) merklich verringert und ist im Juni auf etwa -10% weiter zurückgegangen. Auch bei der Produktion scheint der Tiefpunkt durchschritten zu sein. Die

Rohstahlerzeugung hat sich im Vergleich Mai/Juni zu März/April saisonbereinigt um 11% erhöht. Der Anstieg vollzog sich jedoch ausgehend von einer sehr niedrigen Basis. In den ersten sechs Monaten wurden nur 13,8 Mio. Tonnen Rohstahl hergestellt, knapp 44% weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Kapazitätsauslastung lag im ersten Halbjahr bei nur etwa 50%. Für das zweite Halbjahr ist angesichts der verbesserten Auftragslage mit merklich höheren Auslastungsraten zu rechnen. Dazu beitragen dürfte auch, dass der negative Effekt des Lagerabbaus allmählich ausläuft. Allein schon aufgrund des schwachen ersten Halbjahres wird die Rohstahlproduktion im Jahresdurchschnitt aber deutlich unter 25% des Vorjahres auskommen und damit voraussichtlich auf das niedrigste Niveau seit den 60er Jahren zurückfallen.

Stahl- und Metallverarbeitung

Die Produktion der Stahl- und Metallverarbeiter liegt in den ersten fünf Monaten 2009 weiterhin auf zwei Drittel des hohen Vorjahresniveaus. Der Abwärtstrend ist aber zum Stillstand gekommen, auch das Auslandsgeschäft hat sich auf niedrigem Niveau stabilisiert. Die Auslandslieferungen haben um 1,9% ggü. dem Vormonat zugelegt, die Aufträge aus dem Ausland sind ggü. April um 2,9% gestiegen. Dies ist ein wichtiges Signal für die weitere Entwicklung, denn wenn im Inland die Umweltprämie für Altfahrzeuge keine positiven Effekte mehr in der Automobilindustrie hat, sondern sich im Gegenteil die Vorzieheffekte negativ auswirken, und wenn der Maschinenbau seine hohen Auftragsbestände abgebaut hat, dann muss der Export die Impulse bringen. Entscheidend dürfte die Entwicklung nach der Ferienzeit werden. Wenn die Konjunktur im Herbst nicht auf ein höheres Niveau steigt, dürften zahlreiche Unternehmen nicht mehr allein mit dem Instrument der Kurzarbeit auskommen, um die Kosten im Griff zu halten. Erste betriebsbedingte Kündigungen sind bereits erfolgt. Im Mai 2009 waren 4,2% weniger Mitarbeiter beschäftigt als im Vorjahresmonat. Insofern geben die aktuellen positiven Tendenzen keinen Anlass zur Entwarnung.